

Können Mindestlohnverringerung und Förderung nicht bezahlter bzw. geringfügig bezahlter Praktikumstellen wirklich die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen?

Diese Forschung konnte mit Unterstützung des ungarischen Staates und der Europäischen Union, in Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds, durch die im Rahmen des Projektes TÁMOP 4.2.4.A-1 ausgeschriebene Stipendienförderung verwirklicht werden.

Beatrix Percze

Wie in ganz Europa stellt auch auf Donauraumbene die Jugendarbeitslosigkeit soziale, politische und wirtschaftliche Herausforderungen dar. Dauerhafte Jugendarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben enorme soziale und wirtschaftliche Kosten: die Aussichtslosigkeit im Erwerbslebensbeginn führt leicht zur Kriminalität, diese Gruppe von Jugendlichen ist aufgrund fehlender Perspektiven leichter zu radikalisieren, Familiengründung wird verschoben oder, noch schlimmer, bewusste Familienplanung bleibt aus und der Staat muss in Form von Sozialhilfen stärker subventionieren, was wiederum zu sozialen Spannungen in einer Gesellschaft führen kann, während das Potenzial der Jugendlichen verloren geht.

Als Lösungsmöglichkeit werden Mindestlohnverringerungen und Förderung unbezahlter bzw. gering bezahlter Praktika diskutiert.¹

Behandeln wir den Arbeitsmarkt als ganz normalen Markt, ist die These, dass die Preissenkung der Arbeitskräfte die Nachfrage erhöht, gerechtfertigt.²

In diesem Sinne werden Preissenkungen als Lösung gegen die Jugendarbeitslosigkeit verstanden. Die Maßnahme wirft aber gleichzeitig Fragen auf.

Mindestlohnverringerungen für Berufseinsteigern sollen die Diskrepanz zwischen Lohn und Leistung verringern und dadurch die Anstellung junger Arbeitskräfte attraktiver machen.³ Mehrere Donauländer haben diese Lösung gewählt oder bevorzugt, fraglich ist aber, wenn der Mindestlohn

¹ NEETs- Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2012. S.4- 8.

² Rothbard, Murray N.: The minimum wage, 1988., <http://mises.org/daily/6367/Outlawing-Jobs-The-Minimum-Wage>, 20.02.2013

³ Kirsch und Mackscheidt: Arbeiten bis 90, FAZ, Nr. 122. 27. Mail 2006, S. 13.

selbst für Erwachsenen beim Existenzminimum liegt und die Lebenshaltungskosten rasch steigen, wie es in mehreren Donauländern der Fall ist (siehe Bulgarien, wo sogar die Regierung gestürzt werden konnte⁴), ob so eine Maßnahme nicht eher zu Verzweiflung der jungen Menschen führt und so die freiwillige Arbeitslosigkeit fördert. Eine weitere Schwierigkeit ist die Festlegung der Fristen. Es ist fraglich, ob, wenn in Ländern wie Ungarn bei manchen Stellen die jungen Kräfte überqualifiziert sind und schnell lernen, und dadurch schon in ein paar Wochen dieselbe Leistung erbringen können, so eine Regelung zu rechtfertigen ist.⁵

Es kann auch dazu führen, vor allem bei Jobs, bei denen die Trainingskosten gering sind, dass junge Leute nur bis zum Ablauf der Geringlohnperiode eingestellt werden, wodurch diese Maßnahme nicht hilfreich wäre zur Schaffung langzeitiger Beschäftigung.

Bei Stellen mit extrem hohen Trainingskosten kann eine Art Kosten- und Risikoteilung sinnvoll sein und zu längerer Beschäftigung führen, fraglich ist aber, da der Mindestlohn schon unter dem Existenzminimum liegt, ob dies ethisch und aus sozialer Perspektive gesehen gerechtfertigt werden kann.⁶

Geht es nicht um den Mindestlohn, haben manche Unternehmen das Problem des Effektivitätsverlustes ohne staatlichen Eingriff gelöst, indem sie innerhalb der Probezeit (generell 3 Monate) niedrigere Löhne ausbezahlen.

Mit tertiärer Ausbildung ist die Arbeitslosigkeit am niedrigsten, das bedeutet aber auch, dass diejenigen, die studiert haben, aufgrund ihrer Softskills, Sprachkenntnisse, Interdisziplinarität usw. am flexibelsten einzusetzen sind – oft nach unten – und dadurch Leuten mit sekundärem Abschluss den Platz wegnehmen. Gründe dafür können z. B. in Rumänien, Bulgarien oder Ungarn die EDV- oder Sprachkenntnisse sein (Kenntnisse der westlichen Sprachen, die man in diesen Ländern auf einem brauchbaren Niveau in der Regel nur im tertiären Unterricht erlernen kann. Gründe dafür können niedrige Effektivität bei Sprachunterricht, schlechte Erfahrungen des Russischunterrichts und niedrige Motivation sein).⁷

Die Jugendlichen, die am dringendsten Geld brauchen, können mit Optionen wie unbezahlte oder sehr gering bezahlte Praktikum bzw. Juniorstelle nicht leben.

⁴ Auswärtiges Amt, Länderinfo Bulgarien, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Bulgarien_node.html, 20.03.2013.

⁵ Nespovora, Alena- Why unemployment remains so high in Central and Eastern Europe, 2002.

⁶ NEETs- Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2012. S. 108-138.

⁷ Nespovora, Alena- Why unemployment remains so high in Central and Eastern Europe, 2002.

Stattdessen wären Abgabeverringerungen/Ermäßigungen für die Arbeitsgeber sinnvoller.⁸ Ein Anreiz muss es aber geben, und möglichst soll dieser Anreiz für alle Akteure akzeptabel sein. Zu einer dauerhaft erfolgreichen Sozialpartnerschaft, wie es in der zwei Musterstaaten des Donauraumes, Deutschland und Österreich - die sich im Vergleich zu den anderen Donauländern über niedrige Jugendarbeitslosigkeit freuen können⁹ - der Fall ist, die den Kern des deutschen und österreichischen Ausbildungssystems ergibt, müssen aber auch die Motivationen und Ansprüche der Unternehmen verstanden und vor dem Auge gehalten werden.

Großer Wert wird im Rahmen ihrer Arbeitsmarktpolitik auf Flexibilität gelegt. Schließlich sind trotz sozialer Verantwortung Unternehmen hauptsächlich zum Zweck gegründet, Konsumentenansprüche bei Erwirtschaften von Profit zu erfüllen, und das Umfeld, indem das Unternehmen operiert, verändert sich ständig. Somit ist die Anpassung an die Veränderungen ein nachvollziehbarer Anspruch der Unternehmen, und wird diese Anpassungsfähigkeit zu stark begrenzt, bremst es am Ende die gesamte Wirtschaft.¹⁰

Die Bekämpfung des Problems ist folglich nicht einfach, setzt genügend Finanzmittel, administrative und Hilfskapazitäten, Kooperationsbereitschaft und Vertrauen voraus, und hinzu kommt noch, dass die Donauländer – wie oben erwähnt – riesige wirtschaftliche, kulturelle und soziale Unterschiede aufweisen. Aus dieser Vielfalt folgt, dass es keine „one size fits all“-Lösung bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Donauraum gibt.

⁸ NEETs- Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2012. S. 108-138.

⁹ Ende Februar, 2013: Österreich: 3,5%; Bayern: 2,4%. ; BaWü: 2,7% (Quelle: EUROSTAT)

¹⁰ Wirtschaftskammer Österreich – Österreich- ein Best Practice Beispiel für geringe Jugendarbeitslosigkeit, http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=706191&dstid=0, 10.03.2013.